

Über die weltgeschichtliche Bedeutung der Olivenernte in Yanun

Ein Bericht des ÖFPF-Freiwilligen Daniel Stosiek – Yanun, 27. November 2005-11-29

Wenn viele Leute helfen, dann geht es schnell. Die dicken violetten Oliven fallen wie Trauben vom Baum auf die Decke, die unten ausgebreitet wurde, um die Ernte aufzufangen und sodann in schwere Säcke zu füllen. Während mir israelische Helfer über die Geschichte des Landes erzählen, arbeiten die Palästinenser schweigsam; sie arbeiten trotz der Hitze viele Stunden ohne zu essen und zu trinken, denn es ist Ramadan, der Fasten- und Feiermonat des Islam. Am andern Tag pflücken wir Oliven in einem Gebiet ganz nah am Vorposten einer (nach internationalem Recht) illegalen israelischen Siedlung. Hier helfen noch mehr ausländische und israelische Freiwillige mit. Außerdem sind einige Militärs zum Schutz dabei. Die Ernte ist diesmal sehr spärlich. Es gab in den letzten Jahren Angriffe einiger Bewohner der nahegelegenen Siedlung auf Palästinenser, während diese bei der Arbeit waren. Einen haben sie ins Knie geschossen, einen anderen schwer geschlagen. So haben sie Angst, hier zu arbeiten, sie können sich nicht um den Boden und die Bäume kümmern und trauen sich nur noch für die Ernte hierher, wenn es Armeeschutz gibt. In einem dieser Gebiete in der Nähe eines Siedlungsvorposten kamen vor wenigen Wochen Siedler an, verboten den Arbeitenden, Oliven zu ernten und sagten: Das ist unser Land! Das sind unsere Olivenbäume! Die Palästinenser mußten weichen, konnten aber einige Tage später doch mit Hilfe von Polizei- und Armeepräsenz ernten. An diesem Tag nun, während alle ausländischen und israelischen Helfer in einem kleinen Gebiet bei einem Siedlungsvorposten mithelfen, griff ein Siedler einen Dorfbewohner am andern Ende des Dorfes an, wo er aufs Feld ging, und schlug ihn mit dem Gewehr ins Gesicht, so daß der Gesichtsknochen beim Auge mehrmals gebrochen wurde. Er kam ins Krankenhaus, und die Helfer und Polizei kamen sofort, um zu interviewen und zu dokumentieren, aber zu spät um die Attacke zu verhindern. Der Täter soll inzwischen festgenommen worden sein. Am andern Tag sitze ich wieder in der Stille zwischen einigen Schafen und Eseln in den sonnenbeschienenen paradiesischen, gartenartig angelegten Olivenhainen, die Kain dem Abel nicht gönnen will.

Die erste israelische Siedlung in der Westbank wurde 1967 gebaut, im selben Jahr, als Israel Westbank und Gazastreifen (sowie einige andere Gebiete: Sinai, Golan-Höhen) erobert hatte. Diese Siedlung hieß Kfar Etzyon, Dorf Zions. Es hatte sie schon vor der Staatsgründung gegeben, und das Dorf war 1948 im Krieg zerstört worden. Von da an gab es zwei Hauptquellen des Siedlungsbaus: die staatliche Politik und die Aktivitäten religiöser Bewegungen.

Zwischen 1967 und 1980 wurden verschiedene staatliche Pläne für die Besiedlung der Westbank vorgelegt wie der sogenannte Alon-Plan (1967), der Drobless-Plan (1978) und der Sharon-Plan (zwischen 1977 und 1981). Diesen Plänen ist im wesentlichen gemeinsam, daß sie den Siedlungsbau in der Westbank mit der Gewährleistung von „Sicherheit“ (security) begründen, daß sie aber zugleich, als ob das nicht im Widerspruch dazu stünde, keinen Zweifel daran lassen, daß es darum gehe, die entsprechenden Gebiete irreversibel zu Israel zu annektieren bzw. Judäa und Samaria für immer zu behalten.¹

Israels Sieg im Krieg 1967 deuteten einige religiöse Gruppen als Beginn der Erlösung und als Beginn der Möglichkeit, das Heilige Land jüdisch zu bevölkern.² Andere Gruppen deuteten den Krieg 1973, den Israel nach ihrer Wahrnehmung fast verloren hätte, als Ausdruck des Scheiterns des säkularen Zionismus. Es ginge nun darum, das ganze alte Israel (ohne daß irgend jemand die genauen Grenzen definieren könnte) zu besiedeln, um auf diese Weise den Messias zu zwingen, endlich zu kommen. Aus solchen Kreisen entstanden Bewegungen wie 1974 Gush Emunim („Block der Gläubigen“), deren Strategie es von Anfang an war, im Gebiet des antiken Israel möglichst viele Siedlungen zu bauen, und zwar ohne staatliche Erlaubnis, z.T. sogar gegen staatliche Politik, und dann im Nachhinein die Regierung dazu zu drängen, sie anzuerkennen. Zum Teil wurden sie dann im Nachhinein autorisiert, in anderen Fällen nicht. Seit den 80er Jahren hat die Regierung zunehmend die Siedlungspläne von Gush Emunim realisieren geholfen.³

Im Normalfall sollte allerdings die Autorisierung vor dem Siedlungsbau stattfinden. Sie wird durch ein Komitee gewährt, das sich aus einer staatlichen und einer internationalen nichtstaatlichen Organisation zusammensetzt. Die Einbeziehung der nichtstaatlichen Organisation *World Zionist Organization*, welche eigentlich nicht die israelischen Staatsbürger, sondern die Judenheit in der Welt vertritt, in Entscheidungen, welche exklusiv jüdische Israelis betreffen, ist ein Trick, um den Eindruck zu erwecken, es handle sich nicht um Diskriminierung.⁴

Der Oslo-Vertrag von 1993 verhieß neue Hoffnung auf eine Wende. Oslo 2 (1995) versprach, keine weiteren Siedlungen zu bauen und die bestehenden Siedlungen nicht zu vergrößern, abgesehen vom „natürlichen Wachstum der Bevölkerung“.⁵ In Orientierungspapieren für die israelische Regierungspolitik (the government's basic guidelines) wird im wesentlichen den Oslo-Verträgen gefolgt, es werden aber zwei weitere Ausnahmen für den Stopp des

¹B'TSELEM (researched and written by Yehezkel Lein with Eyal Weizman, edited by Yael Stein): Land Grab. Israel's Settlement Policy in the West Bank, Jerusalem 2002, 12-15.

²Ebd., 13.

³Ebd., 13.

⁴Ebd., 21.

⁵Ebd., 15 f.

Siedlungsbaus hinzugefügt: das Gebiet um Jerusalem (Greater Jerusalem Area) und das Jordan-Tal.⁶

Im Sinne einer weiten Interpretation dieser Ausnahmen ist seither die Erweiterung bestehender und der Bau neuer Siedlungen legitimiert worden: Unter Jerusalem kann ein recht großes Gebiet gefaßt werden, da „Greater Jerusalem Area“ nicht näher definiert ist, und oft können neue Siedlungen als Nachbarschaften alter Siedlungen verstanden werden, welche wegen des Bevölkerungswachstums nötig werden, wobei dieses Bevölkerungswachstum über die tatsächliche Geburtenrate hinauszugehen scheint.⁷

Es gibt noch andere Beispiele der Interpretationskunst zur Zu(un)rechtbiegung des Rechts: Nach der 4. Genfer Konvention (1949), gibt es einige Regeln für das Verhalten einer Besatzungsmacht im besetzten Gebiet, wie daß der Transfer der eigenen Bevölkerung ins besetzte Gebiet verboten ist. Nun werden als Gegenargumente vorgebracht, daß es sich erstens bei den Siedlungen nicht um einen Transfer handle, da die Menschen freiwillig in die entsprechenden Gebiete ziehen, und daß zweitens die ganze Genfer Konvention nicht für diesen Fall gelte, weil sie sich nur auf die Besatzung eines fremden Hoheitsgebiets beziehe, aber die vorherige Besatzung durch Ägypten (Gaza-Streifen) und Jordanien (Westbank) von 1948 bis 1967 international nicht anerkannt worden sei, so daß man nicht sagen kann, um was für ein Hoheitsgebiet es sich bei Palästina eigentlich handelt.⁸

Insgesamt scheinen Staat und Recht in Israel zwiegespalten zu sein: auf der einen Seite unterstützen sie die Siedlungsbewegungen und das Unrecht gegenüber der palästinensischen Bevölkerung und bauen selber Siedlungen, letztlich (trotz des Arguments der Sicherheit) um möglichst viel Land mit möglichst wenig Palästinensern einzuheimsen; andererseits sind sie an Rechtsnormen gebunden und befinden sich teilweise im Konflikt mit den Siedlungsbewegungen. So hat das Militär, das des öfteren bei uns aufkreuzt, die Aufgabe, die Siedler zu beschützen, aber zugleich auch die (nicht immer emsig erfüllte) Pflicht, Angriffe und Rechtsverletzungen gegenüber den Palästinensern zu verhindern. Hier in Yanoun war die Armee einige Tage anwesend, um während der Olivenernte in Gebieten ganz nah bei Vorposten der nächsten größeren Siedlung für Sicherheit zu sorgen.

Einige israelische Menschenrechtsgruppen sind nicht so zwiegespalten und setzen sich mit ganzem Herzen für die Rechte der Armen und Unterdrückten ein, deren Recht gebeugt wird.

⁶Ebd., 16.

⁷Ebd., 16; so auch Angela Godfrey-Goldstein, von der Organisation *The Israeli Committee Against House Demolitions*, während einer Stadtrundfahrt in Jerusalem im September 2005.

⁸Ebd., 37 f.

Fortschritt hat schon immer Ungleichheit und Konflikte nach sich gezogen, sowohl innerhalb als auch zwischen den Gesellschaften. Das fing vor über 10000 damit an, daß Ackerbau und Viehzucht in unterschiedlichen Teilen der Welt aufgrund verschiedener klimatischer und geographischer Voraussetzungen zu verschiedenen Zeitpunkten begannen. Das führte zunächst dazu, daß in einigen wenigen Gesellschaften mehr Nahrung vorhanden war als anderswo, die Menschen sich schneller vermehrten, die Bevölkerung dichter wurde, mehr Konflikte entstanden, was wiederum zentralere, hierarchischere Organisationsformen der Gesellschaft zur Folge hatte. Auch Wissen, Entdeckungen und Technik konnten besser wachsen. Nach dieser „natürlich“ gewachsenen Ungleichheit begannen in der Regel die technisch, wirtschaftlich, und organisatorisch überlegeneren Gesellschaften, zu expandieren und die je unterlegeneren Bevölkerungsgruppen auszurotten, zu verjagen, umzubringen oder zu versklaven. So kam es zu den großen Expansionsbewegungen der Indogermanen zwischen Indien und Westeuropa und der austronesischen Expansion, die sich von Indonesien nach Westen bis Madagaskar und nach Osten bis zur Osterinsel erstreckte. Auch China entstand durch die Expansion einer letztlich aufgrund des Ackerbaus wirtschaftlich und technisch den anderen weit überlegenen Bevölkerungsgruppe. Die gleiche Entwicklung stand am Anfang der Großreiche Ägypten und in Mesopotamien. Aufgrund der schlechter werdenden Böden bewegten sich in Laufe der nächsten Jahrtausende die kulturellen und technisch erfolgreicher Zentren allmählich über Griechenland, das Römische Reich, Westeuropa, Amerika, immer weiter nach Westen. Der Nord-Süd-Konflikt (ebenso West-Ost) der heutigen Globalisierung hat die gleiche Struktur. Mit Israel-Palästina ist es ebenso. Zuerst kommt immer eine historisch und keineswegs schuldhaft bedingte Entwicklung zur Ungleichheit, aber das Unrecht folgt auf dem Fuß. Der uralte Konflikt ist bis heute nicht gelöst.

Auch innerhalb der Gesellschaften führte der Fortschritt zu Ungleichheit und zu Konflikten. Die je Reicheren und Erfolgreicheren begannen, die Ärmern und Besitzloseren auszubeuten und zu unterdrücken. Darauf folgten Konflikte, die in unterschiedlichen Reichen und Bevölkerungen mit unterschiedlichen Lösungsansätzen beantwortet wurden. In Ägypten entstand im 3. Jahrtausend vor Christus eine Religiosität, die später Äußerungen der Pharaonen bestimmen sollte, in der das Ideal der Gerechtigkeit und der Barmherzigkeit gegenüber den Hungernden, Dürstenden, Frierenden usw. bestimmend wurde. In Mesopotamien entstand im gleichen Jahrtausend das Ideal des gerechten Herrschers, des „Hüters der Witwen und Weisen“, der Schulden und Steuern erläßt. Im alten Griechenland führte der Konflikt zwischen Reichen und Armen schließlich zu Rechtsvorstellungen, Ämtern und zur Demokratie.

Während alle Reiche zu immer größeren Einheiten und zu zentralerer Herrschaft tendierten, schlugen die alten Griechen eine Zeit lang einen Sonderweg ein. Sie lebten in der Organisationsform der *Polis*, d.h. dezentral und in kleinen Einheiten, in denen so etwas wie Demokratie möglich wurde. Auch ohne König, ohne definiertes Land und ohne ein definiertes Volk zu sein, behielten sie ihren kulturellen Zusammenhang. Durch einen vergleichsweise nicht autoritären Zugang zu Wissen und Traditionen entstand in Griechenland eine ganz neue und nie dagewesene Entwicklung von Philosophie und Wissenschaft. Erst viel später, nachdem die griechische Kultur schon den ganzen Mittelmeerraum bestimmte, v.a. in den letzten drei Jahrhunderten v. Chr. wurde die griechische Welt zu einer Herrschaftsmaschinerie, die andere Völker und Kulturen unterjochte und ausbeutete. In Israel wurde die hellenistische Welt in Form der Diadochenreiche sowohl als wirtschaftliche Ausbeutung, als auch als kulturelle Fremdbestimmung erlebt. Da einige reiche Israeliten auf Kosten hoher Steuern der Bevölkerung reich wurden und sich bei den Fremdherrschern beliebt machten, entstanden Konflikte innerhalb des alten Israel und mit der hellenistischen Dominanz, die eskalierten, als der Tempel in Jerusalem zu einem Tempel des Zeus gemacht werden sollte. In den Makkabäerkriegen siegten schließlich die Israeliten und die jüdische Kultur. Als es aber Jahrhunderte später unter den Römern zu ähnlichen Konflikten und schließlich zum großen Aufstand kam, wurde Israel zerstört. Trotz technischer Unterlegenheit und einer Dominanzkultur, die absolute Geltung beanspruchte, haben die Juden als Volk und als Religions- und Kulturgemeinschaft 2000 Jahre überlebt und ihre Identität behalten, ein Unikum in der Geschichte.

In Bezug auf Palästina ist das moderne Israel aber selber Teil der westlichen expandierenden Dominanzkultur, indem es sich nicht nur verteidigt, sondern mehr Gebiete erobert und beherrscht, als ihm völkerrechtlich zusteht. Könnte der kritische jüdische Geist und die Weigerung, fremde Götter, d.h. falsche Absolutheiten anzubeten, Israel dazu bringen, die Nachbarn zu akzeptieren und die besetzten Gebiete zu evakuieren und im Sinne einer „partiellen Askese“ (Ernst Simon) um der Gerechtigkeit willen die eigene Armee- und Polizeigewalt darauf zu reduzieren, tatsächlich nur die eigene Sicherheit zu gewährleisten? Oder muß die alte griechische Demokratie noch einmal neu erfunden werden?

Jedenfalls versuchen wir durch unsere Präsenz und Mithilfe bei der Olivenernte wie auch bei anderen Gelegenheiten (z.B. bei „Checkpoints“ = den Grenzübergängen bzw. -blockaden zwischen Israel und Westbank) dieser über 10000 Jahre alten Entwicklung entgegenzuwirken, in der die „zivilisatorisch“ je Stärkeren die je Schwächeren verdrängen bzw. dominieren, einer Entwicklung, die sowohl in Israel/Palästina, als auch in der Globalisierung wie ein Naturgesetz immer weiter gehen wird, solange die Menschen nicht anders handeln.